

Resolution

für den ordentlichen SSW-Parteitag
am 10.09.2005 in Husum

Der SSW zur Bundestagswahl am 18.09.2005 - Forderungen an die Politik im Bund

Der Südschleswigsche Wählerverband nimmt nach einem Beschluss des außerordentlichen Landesparteitags vom 21. Juni 2005 an der Bundestagswahl am 18. September 2005 nicht teil.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die politische und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland für den SSW keine Rolle spielt und dass der SSW sich nicht mit den Problemen des Landes auseinandersetzt, zumal bundespolitische Entscheidungen immer auch landespolitische Bedeutung haben. Der SSW ist daher verpflichtet, sich zu allen politischen Themen zu äußern und Stellung zu beziehen. Dies hat er in Verbindung mit den Wahlen zum Landtag und zu den Kommunalparlamenten sowie im politischen Alltag immer wieder bewiesen.

Der SSW will auf allen Ebenen und in allen Bereichen an der Entwicklung unserer Gesellschaft für mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Toleranz und mehr Demokratie mit eigenen Ideen und politischen Standpunkten teilnehmen.

Dies gilt für die Kernbereiche Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die von der politischen Entwicklung in den skandinavischen Ländern geprägt ist, für die Regionalpolitik, weil gerade der SSW sich seit Jahrzehnten mit der besonderen Lage im Norden auseinandergesetzt hat und für die kulturelle Vielfalt, weil der SSW als Partei der dänischen Minderheit und der mit ihm zusammenarbeitenden Friesen um die besondere Bedeutung von kultureller Entfaltung und kultureller Vielfalt weiß.

Daher hat der SSW diese Bereiche besonders hervorgehoben in der politischen Auseinandersetzung mit den anderen Parteien im Wahlkampf zur kommenden Bundestagswahl.

1. Für eine zukunftsweisende Minderheitenpolitik – Minderheitenrechte sichern

Der SSW trägt als Partei der dänischen Minderheit und der mit ihm zusammen arbeitenden Friesen eine besondere Verantwortung für die vier anerkannten Minderheiten in der Bundesrepublik. Die Anerkennung von Minderheitenrechten muss gerade vor dem Hintergrund der zum Teil bösartigen Angriffe gegen den SSW und die gesamte dänische Minderheit eine zentrale Forderung bleiben.

- Der SSW fordert daher die Aufnahme des Schutzes und die Förderung der vier anerkannten Minderheiten im Grundgesetz.
- Der SSW erwartet, dass die besonderen Rechte der Minderheitenpartei garantiert werden. Dazu gehören die Befreiung des SSW von der 5 %-Sperrklausel bei Bundes- und Landtagswahlen sowie die Vollgültigkeit der Mandate im Landtag und den Kommunalparlamenten.
- Der SSW erwartet weiterhin, dass das neu eingerichtete Minderheitensekretariat bei dem Bundesinnenministerium für die vier anerkannten Minderheiten über das Jahr 2005 erhalten bleibt und dass es auch in Zukunft einen Minderheitenbeauftragten bei der Bundesregierung gibt.
- Ferner fordert der SSW, dass die Bundesregierung die besondere Förderung für die kulturelle Arbeit der dänischen Minderheit und der Friesen (Projektförderung) langfristig garantiert.

2. Den Landesteil Schleswig stärken

Angesichts des immer stärkeren internationalen Wettbewerbs steht Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Im Zeitalter der Globalisierung kommt es mehr denn je darauf an, eine regionale Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die die Wettbewerbsfähigkeit der Randgebiete für die Zukunft sichert. Da über 90 Prozent der Betriebe in unserem Land kleine und mittlere Unternehmen sind, geht es vor allem darum, bessere Rahmenbedingungen für den Mittelstand zu schaffen. Es geht es darum, die Stärken des Nordens besser zu nutzen, um damit eine zukunftsfähige Perspektive für die regionale Wirtschaft im deutsch-dänischen Grenzgebiet zu schaffen. Dafür kann der Bund wichtige Rahmenbedingungen setzen.

- Der SSW fordert ein klares Bekenntnis der kommenden Bundesregierung zur Herstellung möglichst gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen der Bundesrepublik Deutschland.
- Der SSW fordert die Weiterführung der GA-Förderung für Schleswig-Holstein.
- Der SSW erwartet, dass die neue Bundesregierung konsequent daran mitwirkt, rechtliche und sprachliche Hemmnisse für die Entwicklung des grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Arbeitsmarkts abzubauen.

3. Den Sozialstaat nach nordischem Vorbild sichern

Gerade in knappen Zeiten ist es besonders wichtig, dass die Solidarität der Menschen nicht verloren geht. Bei der Modernisierung des Sozialstaates muss es wieder Chancengleichheit für alle geben. Die notwendigen Reformen dürfen nicht einseitig zu Lasten derjenigen Menschen gehen, die arbeitslos sind, in sozialer Not geraten, oder durch fehlende Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten den Anschluss an die gesellschaftliche Entwicklung verloren haben.

- Der SSW lehnt die „Hartz-Reformen“ in ihrer jetzigen Ausgestaltung ab und fordert grundlegende Änderungen, die den betroffenen Menschen wieder eine ökonomische und berufliche Perspektive bieten.
- Der SSW fordert eine verstärkte aktive Arbeitsmarktpolitik nach skandinavischem Vorbild, die massiv auf Ausbildung und Weiterbildung setzt und den bürokratischen Aufwand minimiert.
- Der SSW fordert eine schrittweise Abkehr vom Prinzip der Sozialversicherungen hin zu einer Reform des Sozialsystems, die auf der steuerfinanzierten Absicherung der Bürger im Alter, bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Behinderung beruht.

4.) Länder und Kommunen stärken

Die Kreise, kreisfreien Städte und Gemeinden stehen vielfach vor dem finanziellen Kollaps und können in immer größerem Maße ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen. Diese Entwicklung schwächt zunehmend die bürgernahe Demokratie, weil die Kommunalpolitiker und die Bürger in den kleinen Gemeinden kaum noch etwas selbst bestimmen dürfen.

- Der SSW fordert daher eine Finanzreform zwischen Bund, Ländern und Gemeinden nach dänischem Vorbild, damit die Kommunen eine eigene und angemessene Finanzhoheit erhalten.
- Weiterhin fordert der SSW eine Reform des Föderalismus, damit die Kompetenzen der Länder gestärkt werden und es wieder zu einer klaren Aufgabenverteilung zwischen den verschiedenen Politik- und Verwaltungsebenen kommt.
- Der SSW lehnt die Zusammenlegung der Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern zu einem "Nordstaat" ab.